

Fragen

für die Fragestunde der Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 27. Mai 1998

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Austermann, Dietrich (CDU/CSU)	31	Dr. Leonhard, Elke (SPD)	12, 13
Bindig, Rudolf (SPD)	8	Dr. Meyer, Jürgen (Ulm) (SPD)	25, 26
Büttner, Hans (Ingolstadt) (SPD)	3, 24	Neumann, Kurt (Berlin) (fraktionslos)	21, 22
Erler, Gernot (SPD)	29, 30	Onur, Leyla (SPD)	18
Faße, Annette (SPD)	2	Schmidbauer, Horst (Nürnberg) (SPD)	27, 28
Hagemann, Klaus (SPD)	16	Schulze, Frederick (Sangerhausen) (CDU/CSU)	9
Hilsberg, Stephan (SPD)	19, 20	Wallow, Hans (SPD)	1, 23
Klemmer, Siegrun (SPD)	17	Warnick, Klaus-Jürgen (PDS)	4, 5
Koppelin, Jürgen (F.D.P.)	10, 11	Wohlleben, Verena (SPD)	14, 15
Kubatschka, Horst (SPD)	6, 7		

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	Seite
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung	5
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	6
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern	6
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen	8

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft

1. Abgeordneter
**Hans
Wallow**
(SPD) Welche Rüstungsgüter mit welchem Wert sind seit Beginn der laufenden Legislaturperiode von der Bundesrepublik Deutschland an Indonesien geliefert worden?

2. Abgeordnete
**Annette
Faße**
(SPD) Ist zu erwarten, daß die Bundesregierung im Falle einer tatsächlichen Abschaffung des zollfreien Handels zum 30. Juni 1999 Sonderprogramme und Sozialpläne einleiten wird, um den Arbeitsplatzverlust und die Strukturschäden, insbesondere der strukturschwachen norddeutschen Küstenländer, aufzufangen bzw. zu kompensieren, und wenn ja, wie werden derartige Hilfsprogramme aussehen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit

3. Abgeordneter
**Hans
Büttner**
(Ingolstadt)
(SPD) Hält es die Bundesregierung nach dem Urteil des Europäischen Gerichtshofes über das Gesundheitswesen vom 28. April 1998 noch für zulässig und sinnvoll, daß deutsche Krankenkassen die Erstattung der Kosten für Arzneimittel verweigern, die von zugelassenen Ärzten verschrieben werden und in einem EU-Land zugelassen sind und dort gekauft werden können?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Raumordnung,
Bauwesen und Städtebau**

4. Abgeordneter
**Klaus-Jürgen
Warnick**
(PDS) Welche Folgen wird die ausbleibende Wohngeld-Reform für die Haushalte mit geringem Einkommen in den westlichen Bundesländern haben, deren Mietbelastung selbst nach Wohngeldzahlung bereits bei 33% liegt, und vor dem Hintergrund des neuesten Mietenberichts, der ausweist, daß die Bestandsmieten gerade im unteren und mittleren Preissegment weiter gestiegen sind und nach der Prognose weiter steigen wird?

5. Abgeordneter
Klaus Jürgen Warnick
(PDS)
- Wie groß ist nach Kenntnis der Bundesregierung der Anteil der Wohngeldempfänger in den östlichen Bundesländern, der auch bei Weitergeltung der bisherigen Miethöchstbeträge vom Auslaufen bzw. der Kürzung der bisherigen pauschalen Einkommensfreibeträge betroffen sein wird und damit ab Januar 1999 praktisch mit Wohngeldkürzungen rechnen muß?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung,
Wissenschaft, Forschung und Technologie**

6. Abgeordneter
Horst Kubatschka
(SPD)
- Wie ist der derzeitige Stand der Kostenentwicklung bzw. Kostenschätzung des geplanten Forschungsreaktors München II (FRM II)?
7. Abgeordneter
Horst Kubatschka
(SPD)
- Treffen Berechnungen zu, daß sich die Gesamtkosten des geplanten Forschungsreaktors München II (FRM II) auf eine Mrd. DM belaufen werden?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für
wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung**

8. Abgeordneter
Rudolf Bindig
(SPD)
- Kann die Bundesregierung konkret angeben, in welchen Teilen unser Menschenrechtsbegriff „überindividualisiert“ ist, wenn Bundesminister Carl-Dieter Spranger davon spricht, daß wir „... in der Diskussion mit asiatischen Partnern nicht auf unserem zum Teil über individualisierten Menschenrechtsbegriff beharren ...“ (vgl. BMZ aktuell Nr. 90/April '98 Seite 7) dürfen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

9. Abgeordneter
Frederick Schulze (Sangerhausen)
(CDU/CSU)
- In welcher Form wurden bisher durch das Auswärtige Amt, das Bundesministerium der Verteidigung und das Bundesministerium der Finanzen Verhandlungen mit dem Königreich Belgien geführt, um eine mittelfristige Aufgabe des Truppenübungsplatzes Vogelsang durch die Belgier zugunsten eines alternativen Übungsplatzes zu erreichen?
10. Abgeordneter
Jürgen Koppelin
(F.D.P.)
- Auf welcher Grundlage kommt das Bundesministerium der Verteidigung zum Rüstungsvorhaben „Gepanzertes Transport-Kraftfahrzeug – GTK“ zu dem Ergebnis, wonach beide ARGE GTK-Angebote deutlich günstiger als das TEAM International-Angebot sind (s. DER SPIEGEL vom 18. Mai 1998)?
11. Abgeordneter
Jürgen Koppelin
(F.D.P.)
- Wie hoch waren im Vergleich die jeweiligen Angebote (nur deutscher Anteil) für den durchschnittlichen Systempreis pro Fahrzeug sowohl bilateral als auch trilateral?
12. Abgeordnete
Dr. Elke Leonhard
(SPD)
- Wieso waren die Angebote, die die beiden Bieterkonsortien TEAM International und ARGE GTK im Rahmen der Ausschreibung des europäischen GTK-Projektes am 1. April 1997 abgegeben haben, nicht vergleichbar, obwohl der Gegenstand der Ausschreibung eindeutig ein 6 × 6 Fahrzeug der 25 t Klasse war und die Vorgaben in den Ausschreibungsunterlagen unmißverständlich trilateral verbindliche Angebote forderten?
13. Abgeordnete
Dr. Elke Leonhard
(SPD)
- Warum behauptet das Bundesministerium der Verteidigung, das von ihm ausgewählte 8 × 8 Fahrzeug böte technisch/taktische und wirtschaftliche Vorteile, wenn durch diese Entscheidung die Notwendigkeit eines 6 × 6 Fahrzeuges erhalten bleibt und das 8 × 8 Fahrzeug unter anderem erhebliche finanzielle und technische Nachteile mit sich zieht?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie,
Senioren, Frauen und Jugend**

14. Abgeordnete
Verena Wohleben
(SPD)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß Kinder vor der Nutzung von sog. dating lines, die für Frauen kostenlos zugänglich sind, zu schützen und entsprechende Kontrollmechanismen wie ein Sprachtest für Frauen als Zugangskontrolle schnellstens einzuführen sind?
15. Abgeordnete
Verena Wohleben
(SPD)
- Welche Maßnahmen will die Bundesregierung ergreifen, um die aus solchen telefonischen Kontakten resultierende mögliche Gefährdung der Kinder schnellstmöglich zu beseitigen?
16. Abgeordneter
Klaus Hagemann
(SPD)
- Sieht die Bundesregierung in dem kasernenförmigen Charakter der z. Z. als mögliche Standorte für Zivildienstschulen geprüften BGS-Kasernen in Braunschweig und Bodenteich Probleme für die Akzeptanz des Angebots der politischen Bildung, und gibt es Pläne, durch Umbaumaßnahmen den pädagogischen Rahmen positiv zu ändern?
17. Abgeordnete
Siegrun Klemmer
(SPD)
- Hat die Bundesregierung bei der Neustrukturierung der Zivildienstschulstandorte die Ergebnisse der Wirtschaftlichkeitsprüfung der drei bereits in Bundesliegenschaften befindlichen Zivildienstschulen einbezogen, und ist die Bundesregierung zur Auffassung gelangt, daß grundsätzlich eine größere Wirtschaftlichkeit der Standorte in Bundesliegenschaften erzielt werden kann?
18. Abgeordnete
Leyla Onur
(SPD)
- Inwieweit sind die Überlegungen der Bundesregierung hinsichtlich der Neustrukturierung der Zivildienstschulen gediehen, und inwiefern werden einzelne Standorte von Schließungen betroffen werden?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

19. Abgeordneter
Stephan Hilsberg
(SPD)
- Was tut die Bundesregierung und was hat sie bisher getan zur Wiederaufnahme der derzeit ruhenden Tätigkeit des Stiftungsrates der Stiftung für das sorbische Volk, und damit der ihr aufgegebenen „besonderen Verantwortung des Staates für

die Bewahrung und Fortentwicklung der sorbischen Kultur und Tradition" (Protokollnotiz Nr. 14 zu Artikel 35 des Einigungsvertrages) gerecht zu werden?

20. Abgeordneter
**Stephan
Hilsberg**
(SPD)

Wie verträgt sich nach Ansicht der Bundesregierung die von ihr begonnene Kürzung der Zuschüsse für die Stiftung des sorbischen Volkes, welche durch die beteiligten Länder Sachsen und Brandenburg nicht ausgeglichen werden kann, mit dem in der Bundesrepublik Deutschland am 1. Februar 1998 in Kraft getretenen Rahmenübereinkommen des Europarates zum Schutz nationaler Minderheiten und der – ebenfalls ratifizierten – Europäischen Charta der Regional- und Minderheitensprachen?

21. Abgeordneter
**Kurt
Neumann**
(Berlin)
(fraktionslos)

Wie viele Fälle nachgewiesener „Inoffizieller Mitarbeit“ für das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) der ehemaligen DDR sind der Bundesregierung und den ihr nachgeordneten Behörden bekannt, bei denen

- kein Beschluß zur Umregistrierung vom Vorlauf zum inoffiziellen Mitarbeiter (IM) erfolgte,
 - keine F-16-Karteikarte mit entsprechender Eintragung als IM vorhanden ist,
 - keine schriftliche Verpflichtungserklärung vorliegt,
 - kein Vermerk über eine mündliche oder sonstige Verpflichtung aktenkundig ist,
 - kein handschriftlich gefertigter Bericht und auch kein von dem IM unterschriebener Bericht aufgefunden wurde,
 - keine von dem IM unterzeichnete Quittung über Zuwendungen vorliegt und auch
 - kein Hinweis auf eine Auszeichnung durch das MfS gegeben ist,
- und welchen Anteil (in Prozent) machen diese Fälle an allen bekanntgewordenen Fällen der „Inoffiziellen Mitarbeit“ für das MfS aus?

22. Abgeordneter
**Kurt
Neumann**
(Berlin)
(fraktionslos)

Ist der Bundesregierung die Aussage des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR, Joachim Gauck, bekannt, der am 28. Mai 1996 im Hessischen Rundfunk zur Aktenführung innerhalb des MfS unter anderem ausgeführt hat:

„Ein militärisches System lügt sich nicht selbst in die Tasche. Militärische Mitarbeiter können versetzt werden. Was machen die Nachfolger mit einem Kunstprodukt von Akten. Und können sie mit diesem Menschen, über den die Akte angelegt ist, überhaupt arbeiten. Diese Fragen stellen heißt schon, mit einiger Sicherheit davon auszugehen, daß die Akten korrekt sein müssen“,

und teilt sie diese Bewertung der Korrektheit und des Wahrheitsgehalts der Stasi-Akten?

23. Abgeordneter
**Hans
Wallow**
(SPD)
- Welche Regelungen sind bislang von Seiten des Bundesministers des Innern für die Beschäftigten des zur Schließung vorgesehenen sog. „Regierungsbunkers“ in Bad Neuenahr-Ahrweiler fest vorgesehen, und erkennt die Bundesregierung eine Notwendigkeit oder Verpflichtung, die ca. 100 privaten Eigentümer der oberhalb der Bunkeranlage gelegenen Grundstücke als Mit-eigentümer des Bunkers an allen die Schließung und weitere Nutzungsänderungen betreffenden Entscheidungen zu beteiligen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

24. Abgeordneter
**Hans
Büttner**
(Ingolstadt)
(SPD)
- Wird die Bundesregierung darauf hinwirken, daß das Kraftfahrzeugsteuerrecht, das das Ziel verfolgt, den Schadstoffausstoß von Autos zu verringern, bald korrigiert wird, nachdem aktuelle Meßuntersuchungen ergeben haben, daß durch die amtlichen Testverfahren für die Euro-Abgasnorm PKW, die im realen Verkehrsverhalten wesentlich höheren Schadstoffausstoß verursachen, steuerlich begünstigt werden gegenüber Fahrzeugen, die im amtlichen Testverfahren schlechter abschneiden, im realen Verkehrsverhalten jedoch einen deutlich geringeren Schadstoffausstoß aufweisen, und wenn nein, warum nicht?
25. Abgeordneter
**Dr. Jürgen
Meyer**
(Ulm)
(SPD)
- Ist die Bundesregierung zur stärkeren Bekämpfung der Steuerhinterziehung bereit, zusätzliche steuerliche Betriebs-/Unternehmensprüfungen als eine vereinfachte „Nachschau“ in Ergänzung zu den bestehenden regelmäßigen Kontrollinstrumentarien einzuführen, die im Anschluß an die Betriebs-/Unternehmensprüfungen zu einem dem jeweiligen Steuerpflichtigen nicht bekannten Zeitpunkt durchgeführt und damit gegenüber den bisherigen Prüfungen in erheblich kürzeren Intervallen terminiert werden könnten und die sich darauf beschränken, nachzuprüfen, ob die im Zuge einer „regulären“ Betriebs-/Unternehmensprüfung getroffenen Feststellungen und gemachten Auflagen von den Betrieben/Unternehmen befolgt worden sind bzw. befolgt werden?

26. Abgeordneter
Dr. Jürgen Meyer
(Ulm)
(SPD)
- Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß durch die Einführung eines derartigen Prüfungs-instrumentariums die Steuerehrlichkeit und die Bedeutung der „regulären“ Betriebsprüfungen gestärkt, die Zahl der überprüften Betriebe/Unternehmen erheblich gesteigert und eine derartige „Nachschau“ als ein effizientes und schnell realisierbares Mittel zur flächendeckenden Feststellung von Steuerhinterziehungen eingesetzt werden könnte, und wenn nein warum nicht?
27. Abgeordneter
Horst Schmidbauer
(Nürnberg)
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Entwicklung von Unternehmen, die einen Standortwechsel – meist für Teilbetriebe – vornehmen, ohne daß dadurch in dem Gesamtunternehmen mehr Arbeitsplätze entstehen, aber steuerfinanzierte Fördermittel, Zuschüsse, Steuervorteile oder Personalkostenzuschüsse über die Arbeitsmarktförderung in Anspruch nehmen, wie das z. B. bei einem Nürnberger Unternehmen der Fall ist?
28. Abgeordneter
Horst Schmidbauer
(Nürnberg)
(SPD)
- Auf welche Größenordnung schätzt die Bundesregierung den damit verbundenen Mitnahmeeffekt und die prozentualen Anteile der aus der Subventionierung oder steuerlichen Begünstigung gewonnenen Vorteile an der jeweiligen Gesamtinvestition, und wie gedenkt die Bundesregierung dieser Entwicklung entgegenzuwirken?
29. Abgeordneter
Gernot Erler
(SPD)
- In welchem Umfang haben der Internationale Währungsfonds (IWF) und die Weltbank seit Auftreten der Finanzkrisen in Südostasien Hilfszahlungen an betroffene Länder dieser Region geleistet, und wie wurden diese Zahlungen auf die einzelnen betroffenen Länder aufgeteilt?
30. Abgeordneter
Gernot Erler
(SPD)
- In welchem Umfang mußte die Bundesrepublik Deutschland an IWF und Weltbank zusätzliche Mittel für diese Hilfsprogramme zur Verfügung stellen, und wie hoch war bisher der deutsche Anteil an den IWF- und Weltbankleistungen zur Behebung der Krise in Südostasien in Prozent und in absoluten Zahlen?
31. Abgeordneter
Dietrich Austermann
(CDU/CSU)
- In welchem Umfang hat das Land Schleswig-Holstein Leistungen des Bundes aus dem Bundeshaushalt (z. B. Straßenbau, Schienenwegebau, Gemeinschaftsaufgaben, Wettbewerbs-hilfen etc.) in den Jahren 1994 bis 1997 nicht oder nicht termingerecht in Anspruch genommen?

Bonn, den 22. Mai 1998

